

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Ausleger 1.90 M. pro Woche, 7.50 M. pro Monat. Durch die Post 7.50 M. pro Monat.  
Erscheinenszeiten für die Redaktion: Nachmittags 5-8 Uhr.  
Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau.  
Postkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Sonnabend, 17. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 3-spaltige Millimeterzeile ober deren Raum 0.80 M., auswärts 0.90 M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Bereinigungs- und Bekleidungsanzeigen 0.40 M. Kellame: Die Millimeterzeile, 3-spaltig oder deren Raum im Text 8.— M.

## Die Bergarbeiter sollen Uberschichten leisten.

Die Grubenbarone arbeiten systematisch auf die Beilegung der Sieben-Stundenschicht im Bergbau hin. Unter dem Vorwand, daß die Produktion gesteigert werden müsse, soll die deutsche Wirtschaft nicht zusammenbrechen, bereiten sie ein neues Uberschichtenabkommen vor. Trotz dem „Vorwärts“ und „Bergarbeiterzeitung“ auf die losjossalen Halbenbestände, auf die massenhafte Ausfuhr von Kohle hinweisen, haben die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen ihre Kameraden schon an die Unternehmer verschachert.

Die Düsseldorfser „Freiheit“, unser kommunistisches Bruderorgan, veröffentlicht hierüber aufsehenerregende Mitteilungen. In vertraulichen Sitzungen, die am 2. Dezember in Berlin in Gegenwart von Regierungsvertretern und des sozialdemokratischen Staatskommissars Wehlich am 5. Dezember in Dortmund abgehalten wurden, verpflichteten sich die anwesenden Vertreter der Bergarbeiterverbände, das neue Uberschichtenabkommen bei ihren Mitgliedern durchzudrücken.

Um ihre Absicht durchzusetzen, mußten die Zeichenbesitzer eine Anzahl Scheinzeugnisse machen. Man einigte sich darum auf folgende Bedingungen:

1. Reichsmanteltarif für den Steinkohlenbergbau.
2. Zahlung des Soziallohns und der Urlaubsvorgütung nur an Mitglieder der Vertragsverbände.
3. Feststellung der Organisationszugehörigkeit durch die Vertrauensleute der Gewerkschaften.
4. Die von den Gewerkschaften anerkannten Streiktage dürfen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses und nicht als willkürliche Feiertage gelten.
5. Erweiterung der Richtlinien für die Betriebsräte durch Einsichtnahme in die Steiger- und Förderjournale und nach noch mitzuteilenden Forderungen.
6. Baldige paritätische Ausgestaltung des Arbeitsnachweises für den Steinkohlenbergbau.
7. Sicherung der Ausführungsgewinne für das Reich.
8. Ein abzuschließendes Uberschichtenabkommen darf die normale Lohnentwicklung nicht hemmen.
9. Ausreichende Lebensmittelversorgung evtl. Bereitstellung von Kohlen oder Devisen zur Beschaffung von Lebensmitteln.
10. Als baldige Verwirklichung der bereits zugejagten gesetzlichen Regelung der Schichtzeit des Grundlohnes in der Krankenversicherung auf 80 M. Fortzahlung des Soziallohnes in Krankheitslagen an die Mitglieder der Vertragsparteien.
11. Abschluß von Tarifverträgen für die Angestellten nur durch die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Verbände.

Diese Bedingungen sind selbstverständlich nur gedacht als Köder für die zu verlängernde Arbeitszeit. Sie sind

aber zugleich eine Maßregel des alten Bergarbeiterverbandes gegen die „Arbeiter-Union“, die besonders im Ruhrgebiet, dank des Verrats der Severing und Konsorten (Wiesfelder Abkommen) große Teile des revolutionären sozialistischen Proletariats umfaßt. Die Quä und Genfinden es als selbstverständlich mit Hirschen und Christen zusammenzugehen, nicht aber mit revolutionären Arbeitern. Die Bergarbeiter werden gegen dieses neue Uberschichtenabkommen kämpfen, nicht nur wegen des Doppelspiels der sozialdemokratischen Bergarbeiterführer, sondern insbesondere deshalb, weil sie die Wirkungen des letzten Uberschichtenabkommens noch an eigenen Leibe verspüren. Genau wie früher, werden auch nach dem neuen Abkommen die Bergarbeiter sehen, daß alle „Extrazuschüsse an Lebensmitteln“ und wie die schönen Dinge heißen, eitel Dunst ist.

Die Bergarbeiter müssen fordern und kämpfen für ihr altes Ziel, für die Sechsstundenschicht, und trotz aller „vaterländischen Mor“, jede Arbeitszeitverlängerung zurückweisen.

### Stinnes verlangt Weltmarktpreise.

Der Reichskohlenrat warnte in seiner gestrigen Vollziehung, die Lage auf dem Kohlenmarkt deshalb optimistisch zu beurteilen, weil die Produktionsziffern gegenüber 1920 gestiegen sind. Dies läge vor allem daran, daß die Streiks dieses Jahr sich nicht wiederholt haben. Im Gegenteil sei die Lage auf dem Kohlenmarkt direkt katastrophal geworden. Die Schuld, daß das deutsche Wirtschaftsleben nicht genügend Kohle erhalte, sei in einem völligen Versagen der Eisenbahnen zu suchen.

Hugo Stinnes verlangte Uberschichten und erklärte, daß das Uebel nur beseitigt wird, wenn für die Kohlen Weltmarktpreise verlangt werden. Weiter hielt er das Reichswirtschaftsministerium nicht für geeignet über die Kohlenfrage zu entscheiden. Er verlangte ein kleines Kollegium mit diktatorischen Vollmachten.

Das Verlangen Stinnes nach Weltmarktpreisen auch für den Inlandsbedarf hat zur Folge, daß viele kleinere Betriebe geschlossen, daß vor allem der Bedarf an Hausbrandkohle nicht mehr gedeckt werden kann, geht nicht damit gleich, die Erhöhung der Löhne auf den Weltmarktsrandart.

Der Reichskohlenrat hat sich mit einer Kommission einverstanden erklärt. In dieser Kommission haben die Grubenbarone die Oberhand. Die „Arbeitervertreter“ sind in ihrem Harmoniebusel soweit gegangen, daß sie gegenüber acht Unternehmervertretern mit drei Arbeitervertretern einverstanden waren. Die Imbusch und Genossen werden in dieser Kommission nicht die Interessen der Bergleute vertreten.

„Die andauernden Preissteigerungen für Lebensmittel, Kohlen, Miete und alle Bedarfsgegenstände haben für die Beamten eine unerträgliche wirtschaftliche Lage geschaffen, so daß die schleunigste Erfüllung der Forderungen der Spitzenorganisationen unbedingt erreicht werden muß; mindestens wird eine nicht rückzahlbare Vorauszahlung auf die Forderung der Spitzenorganisationen noch vor Weihnachten unter allen Umständen erwartet. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamtenverbände (Besoldungsgruppen 1-6) fordert daher den Deutschen Beamtenbund auf, nötigenfalls unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel auf die Durchsetzung seiner Forderungen hinzuwirken.“

Auch die Angestellten der Versorgungsämter nahmen in Berlin am 14. Dezember Stellung zu der auf Grund der allgemeinen Teuerung notwendig gewordenen Gehaltserhöhung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in der Bodbrauerei versammelten Angestellten der Versorgungsämter Groß-Berlins und Brandenburgs erheben gegen die Verschleppung der Teuerungszulagenverhandlungen schärfsten Protest. Sie beantragen den Abschluß, sowie die verhandelnden Organisationen, darauf zu dringen, daß die Verhandlungen noch vor Weihnachten zum Abschluß kommen. Sie sind gewillt, den Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu verhelfen. Die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen werden aufgefordert, vor den äußersten Schritten nicht zurückzuschrecken.“

## Die Sozialdemokraten und die „stillen Teilhaber“ Kapps.

### Zum Kapp-Prozess in Leipzig

Die Beweisaufnahme ist geschlossen worden. Unsere vor einigen Tagen aufgestellte Behauptung, daß die als Hochverratsprozess-Komödie endet, bestätigt sich. Der Reichsanwalt zieht bereits in Erwägung, daß der Hochverratsparagraf voll. ganz ausfällt und daß evtl. nur Beihilfe in Frage käme. Wie gesagt, für uns ist diese Art „Rechtssprechung“ nichts Neues. Der Herr Sozialdemokrat Rabbbruch, der oberste Chef der deutschen Justiz, der für keine Amnestie der politischen Gefangenen zu haben ist, kann stolz sein auf seine Untergebenen.

Die letzten Zeugenaussagen gestalteten sich recht unterhaltend. So sorgte insbesondere der Kultusminister der Kappisten, der Schwarzkünster Traub, für schallende Heiterkeit. Er will die Angeklagten um jeden Preis entlasten und behauptet, sie hätten den sogenannten Kabinettsitzungen als stille Teilhaber oder als stille Beobachter beigewohnt. „Wir alle haben uns nicht beteiligt“, fuhr er in seinem Eifer fort, wonach also die berühmte Schwabhubde, als die anderen Zeugen die Kabinettsitzungen geschilbert hatten, außer Kapp eigentlich nur stille Teilhaber gehabt hätte. Natürlich ist Traub auch sonst nur stiller Teilhaber gewesen.

Der bekannte Korruptionsbekämpfer Dr. Brederick, ebenfalls ein Mitschuldiger, zeigte, wie er beinahe Pressechef wurde. Bei dem Betreten der Reichskanzlei, so erklärt Brederick, war es charakteristisch, daß Kapp sich an den Kopf fäkte und rief: „Herr Gott, wo ist denn Schnitzler, wenn ich Schnitzler nicht habe, kann ich nicht regieren!“ (Stürmische Heiterkeit.) Dann traf ich Kapitänleutnant Lentzsch, der mir erklärte: „Ich bin jetzt Pressechef, ich verstehe aber davon nichts, kommen Sie doch mit.“

Herr Südekum, Sozialdemokrat und Finanzminister a. D. erscheint im schwarzen Gehrock, mit dem Eisernen Kreuz im Knopfloch (das er für Bewilligung der Kriegskredite von Wilhelm dem Damaligen erhielt) und schwört unter Anrufung Gottes, daß die „romantischen Erzählungen“ des Herrn Böge (durch die Südekum in einem mehr als eigenartigen Lichte erscheint) nicht der Wahrheit entsprechen. Aus seinen Aussagen geht noch hervor, daß er den ersten Feind, den Kappisten Geheimrat Doye, mit dem Mittel des Alkohols bekämpfte, so daß dieser ihn „völlig gebrochen“ verließ. Die Zeugenaussage Herrn Südekums, dieser Fierde der SPD., brachte den stapperteidigern einen billigen Trampf nach dem andern.

Erfreulich ist auch, daß die Südekum, Roske, Heine allen Ernstes mit der Möglichkeit rechneten, einen letzten Pokken bei einer evtl. Rechtsregierung zu ergattern. Sie haben auch alle Eigenschaften dazu, in einer reaktionären Regierung mitzuwirken.

Die Beweisaufnahme war ein buntes Durcheinander, sie hat jedoch klar erwiesen:

1. der Kapp-Putsch war ein organisiertes, wohlüberreitetes hochverräterisches Unternehmen, in dem versucht wurde, die Verfassung mit gewalttätigen Mitteln zu ändern;
2. die drei Angeklagten waren zum Teil schon an vorbereitenden Besprechungen beteiligt, zum Teil haben sie am Tage vor dem 13. März, dem Vollzugstermin, Nachricht von dem Unternehmen erhalten. Sie waren von der ersten Stunde an — 13. März, 6 Uhr, am Brandenburger Tor — an leitender und leitender Stelle, als Minister oder wie Schiele als Vertrauter Kapps, beteiligt an den Entschlüssen und Amtshandlungen der neuen hochverräterischen Regierung. Sie haben selbständig Amtshandlungen vorgenommen.

Der Vorsitzende versuchte heute, kurz vor Schluß, die Angeklagten zu bewegen, vielleicht sich anzusprechen für einen anderen Paragrafen, gegen den sie sich vergangen haben könnten. Es gibt ja Beihilfe zum Hochverrat oder Beihilfe zur Amtshandlung. Beihilfe und das andere Zeug jedoch fällt wie bekannt, unter die Amnestie.

Sie laten sehr stolz, die Kappisten, als sie ihr Geschäft zur „Rettung des Vaterlandes“ etablierten. Sie krochen in alle Winkel, als ihr Unternehmen durch den Widerstand der Arbeiterklasse zerplatzt. Sie spielten sich jetzt als die Harmlosen auf und waren doch die grausamsten Blutsauger und Arbeiterfeinde geworden. Sie spielen die Dummchen, um bei nächster Gelegenheit wieder die Staffen zu mähnen. Man denke an die Falsch und Reibhaar vor Gericht und sehe sich die schlatternden Gehäusen der angeklagten Kappisten an. Stimmt, auch die „Knochenhaken“

## Der Kampf um das Existenzminimum.

### Vor einem Streik der Beamten?

Am 3. Dezember haben die Spitzenorganisationen sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen (freie, christliche, demokratische und neutralen) eine gemeinsame Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der endlich die Erreichung des Existenzminimums für die unteren Besoldungsgruppen und die sofortige Einleitung von Verhandlungen verlangt wurde. Auf diese Eingabe ist nach wiederholten persönlichen Vorstellungen im Reichsfinanzministerium und im Reichstag endlich am 13. November eine glatte Ablehnung erfolgt. Anscheinlich wird darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften sich im November mit der damals erfolgten Neuregelung einverstanden erklärt haben und daß daher die neue Forderung mit Billigkeit vom 1. Oktober unverständlich erscheinen muß, zumal da weder die Teuerungsschärfe noch die Vergleichungen mit den Bezügen der Angehörigen freier Berufe die neuen Forderungen rechtfertigen. Dann wird wir die die Riesensumme von fünfzig Milliarden ins Feld geführt, die die Forderungen ausmachen sollen usw. Jedenfalls ist das Antwortschreiben des Reichsfinanzministeriums in einem so überheblichen und provozierenden Tone gehalten, daß es lediglich Del ins Feuer gegossen hat. Es handelt sich vor allen Dingen darum, daß in erster Linie die bedrückten unteren Gruppen noch vor Weihnachten eine Aufbesserung erhalten. Nachstehende Resolution wurde von einer Vertreter-Versammlung sämtlicher unteren Beamtengruppen gefaßt:



vom Schläge des Herrn Reich A uscher (der uns jetzt aus Georgien wieder zurückgeschickt wird) und des Herrn Otto Braun, der sich in den Kapitulagen den Bart abnehmen ließ, sind nichts weniger als heroische Gestalten — von den halb oder dreiviertel Mitschuldigen wie Winnig, Süßlum und gar dem „starken Justus“ ganz zu schweigen. Aber Herr Ludendorff will ja alles bewiesenen Tatsachen zuwider auch nicht dabei gewesen sein. Und er war es ja auch schon früher einmal nicht, als er mit einer blauen Brille davontam. Ludendorff, der Millionen von Menschen in den Kriegstod geschickt hat, lebt krank und froh. Ludendorff, der Hochverräter, lebt heute auf freiem Fuße, während tausende von Proletariern, die gegen den Rapp-Butsch und für die Republik gekämpft haben, noch heute die Buchhäuser füllen. Ludendorff, der mit Lüttich in den Rapp-Tagen von einem Ministerium zum andern Jahr, ist doch immer nicht angeklagt. Indessen wird durch Briefe, selbst aus Rapps Feder aufs neue erwiesen, daß der März-Butsch 1920 nur das letzte Glied einer weitverzweigten Verschwörung der deutschnationalen monarchistischen Kreise und des Offizierkorps war, wobei auch der oberste Chef der Herresleitung, Herr v. Seeckt, eine zum mindesten zweideutige Rolle spielte. Über die Rapp, Bauer, Papst usw. sitzen weit vom Schuß, und die Mitverschworenen sind heute großsprecherische Zeugen oder jämmerlich zusammenklappende Angeklagte, denen der Reichsanwalt im Rahmen den Ganzen höchst „loyalen“ Verfahrens bereits goldene Büden vom Verzicht auf den Hochverrat bis zur bloßen angemessenen Amtshandlung zu bauen versucht. Glücklicherweise wird das letzte Wort über die längst noch nicht liquidierte Firma Rapp, Ludendorff, Jagow, Roske nicht das Reichsgericht, sondern das revolutionäre Proletariat sprechen. Dieses Urteil wird vor der Weltgeschichte anders stehen, als der Spruch der Leipziger Richter.

## Politische Übersicht.

### Stinnes-Koalition auch im Reich.

Die offizielle Korrespondenz der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt in einem Artikel unter der Überschrift „Vor wichtigen Entscheidungen“:

„Offensichtlich ist auch der Reichstag von dem Wunsch getragen, nun endlich einmal gute-jährliche Arbeit zu leisten und nicht kostbare Zeit durch kommunistisch-unabhängige Deformationen und Wühlereien vergeuden zu lassen. Die Reichsregierung muß auf diesem Wege mit gutem Beispiel vorangehen. Ist sie dieser Aufgabe nicht gewachsen, dann muß die Aenderung eintreten, die ihr die entsprechende feste Grundlage für segensreiche Tätigkeit verleiht. Die sozialdemokratische Partei in erster Reihe wird zu betonen haben, daß sie politisches Verständnis für die Erfordernisse der Zeit und Wirklichkeit besitzt, nicht aber nur Parteitaktik treibt.“

Die Stinnespartei fordert also die große Koalition auch im Reich. Das liegt in einer Linie mit den übrigen von dem Großkapital in Verbindung mit der Kreditanleihe aufgestellten Forderungen, wie Entstaatlichung der Eisenbahn. Was sagen die SPD-Arbeiter dazu?

### Zwei Jahre Mord. — Rabbbruchs Antwort.

Von dem bekannten, im Verlag „Neues Vaterland“, Berlin erscheinenden Buch des Dr. Gumbel: „Zwei Jahre Mord“, auf das wir seinerzeit aufmerksam gemacht haben, liegt nunmehr bereits die vierte Auflage (Preis 7,50 Mk.) vor. Der Autor hat die in den früheren Auflagen dargestellten Fälle nochmals durchgesehen und alle Veränderungen in den schwebenden Verfahren berücksichtigt. Eine Verurteilung eines Mörders von Rechts ist in keinem Fall vorgekommen, obwohl in mehreren Fällen der Justiz zur Schadenersatzleistung verurteilt wurde,

womit zum Ausdruck kam, daß die Entscheidung willkürlich war. 32 Morde von Rechts und 8 Morde von Links sind neu dargestellt. Drei Tabellen sind neu aufgenommen. Nach den jetzigen Zahlen sind gegen 22 Anhänger der bayerischen Räterepublik insgesamt 637 Jahre Gefängnis, Zuchthaus und Festungshaft verhängt worden. Von Rechts sind in den Jahren 1919 bis 1921 insgesamt 345 politische Morde begangen worden. Davon sind insgesamt 323 ungeführt und 22 teilweise geführt und zwar mit 31 Jahren Einsperrung, einer lebenslänglichen Festungshaft und 300 Mark Geldstrafe. Was die Tötung des Mörders betrifft, so sind bei den Morden von Rechts angeblich 184 tödlich verunglückt, 85 willkürlich erschossen, 45 „auf der Flucht erschossen“, 18 auf Grund

## Die 10 Forderungen des AGBD.

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Ertragnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belassen.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Reichskumigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerschuld zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentcheidung des Finanzamtes den Rest mit fünf Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgelassen, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 36 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Dividen und Effekten-Gewinne erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Was haben die Gewerkschaften getan, damit diese zehn Forderungen verwirklicht werden?

Gewissen, erklärt den Kollegen im Betriebe, daß sie auf die Gewerkschaftsbürokratie drängen, die schönen Worte in Taten umzusetzen.

Nicht heraus aus den Gewerkschaften, heißt die Lösung, sondern ihre Revolutionierung, Umstellung auf die wahren Interessen des Proletariats, ist das Gebot der Stunde!

eines ungesetzlichen Stadtrechts erschossen, 7 auf Transport oder im Gefängnis gehängt, einer hat angeblich Selbstmord begangen. Dagegen sind gegen die Morde von Rechts verschiedene Geldstrafen verhängt worden und zwar pro Mord 95 Pfennige. Insgesamt kommt in den Jahren 1919 bis 1921 auf jeden dritten Tag ein ungeführter Mord von Rechts.

Dr. Gumbel hat sein Buch dem jetzigen Justizminister mit denselben Worten gewidmet, mit denen dieser es seinem Vorgänger, Herrn Schiffer, überreichte.

Hat Dr. Rabbbruch hat darauf in folgendem Brief geantwortet:

Der Reichsanwalt des Justiz

Berlin W. O., 3. Dez. 1921.  
Poststraße 4.

Für die auf Ihre Veranlassung durch den Verlag erfolgte Ueberlieferung eines Exemplars der vierten Auflage der Broschüre „Zwei Jahre Mord“ danke ich verbindlich. Schon mein Herr Amtsvorgänger hat Veranlassung genommen, mit den Justizverwaltungen von Preußen, Bayern und Mecklenburg in Verbindung zu treten. Nach den Mitteilungen der genannten Justizverwaltungen war in einer Reihe der in der Broschüre angegebenen Fälle ein Verfahren noch abhängig, in anderen Fällen wurde auf Grund der Angaben der Broschüre erneut geprüft, ob sich Handhaben für ein strafrechtliches Einschreiten bieten. Ich habe meinerseits die Aufmerksamkeit der Justizverwaltungen auf den erweiterten Inhalt der neuen Auflage hingelenkt und um kurze Mitteilung des Sachverhalts und des Ganges des Verfahrens in den einzelnen Fällen gebeten; Mitteilung der Ergebnisse an den Reichstag ist beabsichtigt.

Auf Seite 50 der Broschüre wird zur Kennzeichnung des Verfahrens gegen Rapp darauf hingewiesen, daß sich der Reichsjustizminister Dr. Heinke in der Sitzung des Reichstags vom 27. Januar dieses Jahres wie folgt geäußert habe: „auch wird man einer Vermögensbeschlagnahme gegen Rapp näher treten“. Demgegenüber darf ich, um Fehlmessungen vorzubeugen, folgendes bemerken: Der Reichsjustizminister hat sich in der Sitzung des Reichstages vom 26. Januar d. J. zu den Maßnahmen geäußert, die zur Verfolgung von Rapp und Genossen ergriffen sind. Nach den stenographischen Berichten des Reichstages, 57. Sitzung, S. 2147, lautete seine Äußerung wörtlich wie folgt:

„Gegen Herrn Rapp und die übrigen, die an der hochverräterischen Unternehmung beteiligt sind und strafrechtlich verfolgt sind, ist Haftbefehl und Steckbrief erlassen und die Vermögensbeschlagnahme angeordnet worden. Der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hat die Vermögensbeschlagnahme angeordnet und selbstverständlich pflichtgemäß die Maßnahmen getroffen, die zur Durchführung dieser Vermögensbeschlagnahme zu treffen sind.“

Dr. Rabbbruch.

Wir haben die Antwort des sozialistischen Justizministers bezeichnender Weise nicht in seiner eigenen Parteipresse, sondern in USB-Blättern gefunden, die ihrerseits die Antwort äußerlich nichtsfähig finden. Das wird wohl auch den SPD-Blättern zum Bewußtsein gekommen sein, sodaß sie diese Antwort verschweigen, weil sie nur beweist, daß die Beseitigung der Klassenjustiz eine politische Machtfrage ist und nicht durch Herrn Rabbbruch, sondern nur durch den Sieg der proletarischen Revolution erfolgen wird.

Herr Dr. Rabbbruch beweist kein Interesse für die „Opfer der Märzaktion“ nicht durch eine von allen Arbeitern kühnlich geforderten Amnestie der politischen Gefangenen, sondern durch Zahlung von lumpigen 400 Mark auf die Lohnliste des „Vorwärts“ fürs „Weihnachtsfest“. Diese Methode haben wir als blutigen Witz voraus gesagt, ahnten aber nicht, daß auch der Salonsozialist Dr. Südekum ganze 100 Mark aufwenden wird, um den Gefangenen das Leben ungefähr ebenso angenehm zu machen, wie er es auf dem von ihm noch immer seit seiner Finanzministerherrschaft okkupierten Schloß Sacrow bei Potsdam einzurichten versteht. Damit man daran erinnert wird, gibt er einer Linsenzeichnung auch gleich die Ortsangabe Sacrow bei. Die Proletarier mögen sich einen Vers daraus machen!

### Ebert erhält sein Gehalt auch ohne Streit erhöht.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde beim Haushalt des Reichspräsidenten eine Erhöhung des Gehalts auf 300 000 Mark und der Aufwandsgehalte auf 400 000 Mk. beschlossen.

## Schlesische Rundschau.

### Vorschläge für das neue Oberschlesierdenkmal!

Der Bürgerrat von Breslau wird für das verlorene Oberschlesien in Breslau ein Denkmal errichten lassen. Die Genehmigung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer ist dazu bereits erteilt.

Wir schlagen vor, bei diesem Denkmal folgende Motive zu verwenden, die am besten den Charakter des ganzen Oberschlesiertrummels wiedergeben würden.

## WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

ALS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT  
LEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN

31.) (Nachdruck verboten.)

Hardegg trat auf Abel zu.  
„Du bist's?“ sagte er verächtlich, die Worte zwischen den Zähnen hervorstoßend, mit bestialischer Lust.  
Abel vermochte nicht zu antworten. Er schaute ihm bloß an, mit febrilen visionären Augen.  
„Du bist's?“ wiederholte Hardegg und stieß mit seiner Reizgerte gegen Abels Nase.  
„Ich bin's“, entgegnete Abel kaum vernehmbar, mit regungslosen Lippen.  
„Also du bist's! Bereite dich vor, Jude! Hast lange genug gelebt! Deine letzte Stunde ist gekommen! Fertig!“  
„Gnade!“ flammte Abel.  
„Gnade?“ lachte Hardegg hässlich.  
Abel verzehrte regungslos.  
„Ich habe niemand etwas getan“, sprach er mit eben so leiser Stimme.  
„Auch du hast niemand etwas getan, nicht wahr?“ wandte sich der Rittmeister an Abel.  
„Gnade, gnädiger Herr Rittmeister!“ jammerte Abel auf und hob die gefesselten Hände flehend zu Hardegg empor. „Ich habe sechs Kinder. Gnade, gnädiger Herr!“  
„Gnädig?“ rief ihm Hardegg die Reizgerte ins Gesicht. Der Rittmeister sprang wie ein Tiger auf Abel. Er rief ihm in den Bauch und schlug ihn zum gleichen Zeit zwischen die Knie.  
„Hochgehoren! Du Hundehohn! Werde es Dir!“  
„Beiß mir zu Boden. Der Rittmeister zertrümmerte ihn wie einen Sod auf. Hardegg wandte sich abermals an Abel.

„Kennst du dein Delikt, Jude?“

„Nein!“

„Ich werde es dir sagen: Erstens: Du bist Jude. Zweitens: Konfiration mit den Volkshemden. Drittens: Lieferung von Waffen und Munition. Hast du es gehört?“

„Mit unbegreiflicher großer Ruhe, mit unmittelbarer Höflichkeit, wie er unter den normalen Verhältnissen des Lebens mit ähnlichen Herren zu sprechen gepflegt hatte, antwortete Abel.“

„Herr Rittmeister! Hier handelt es sich um ein Mißverständnis. Ich bin der Gutsbesitzer Daniel Abel, Mitglied der Gemeindevorstellung, Artillerieoberleutnant der Reserve. Mit Politik habe ich mich niemals befaßt. Mit der Kommande stand ich in keinerlei Verbindung, wurde gesperrt, mein Vermögen und mein Vermögen wurde mir genommen. Ich weiß von keinerlei Munitionslieferungen. Belieben Sie, bitte, nach Budapest zu telefonieren.“

Abels Worte wurden von lautem, feierlichem, spöttischem, krächzendem Lachen unterbrochen.

„Gnade! Nach Budapest soll ich telefonieren! Haha! Telefonieren soll ich! Haha! ... Tausel! Telefonieren! Auf Wunsch des gnädigen Herrn Juden. Antworte ihm! Los!“

Er wandte sich ab, den Offizieren zu, lachte weiter.

„Na, was sagt ihr! Köplich! Was?“

„Alle lachten.“

Unter diesen warf sich der Rittmeister zähneknirschend, mit unabdingbarer Wut auf Abel, sich tolle Faustschläge auf ihn niederzupressen.

„Hast du dich nunmehr begeben?“ geriet er ihm ins Gesicht. „Ich trete dir die Gebärme aus dem Leib.“

Abel vermochte die Schläge nicht mit vollster Beharrung zu ertragen. Er schloß die Augen, wurde nicht ohnmächtig, blieb sitzen, wurde aber vom ersten Schlag angefaßt, um nichts mehr. So war dies auch bei den vorhergehenden gegenseitigen Insulten gewesen. Während Abel, wenn er geschlagen wurde, mit bis ins Mark dringenden Schreien

jammerte, gab Abel keinen Laut von sich. Die furchtbare Demütigung, daß ihm ein Wachtmeister ohrfeigen könnte, ihm ein Offizier ins Gesicht stunden könne, ihn, der sich als Mensch fühlte, den der Glaube verwohnt hatte, daß er sich als Mensch fühlen durfte, der zwischen kultivierten Formen lebte, mit Herren, mit Gentlemanen, unter gegenseitigen Höflichkeiten verkehrten, konnte, der es gewohnt war, daß man ihn als voll annahm, daß ihm dennoch dies zustößen könne und er all diesem gegenüber ohnmächtig sei, diese Beschämung bedeutete für ihn eine derart tiefe seelische Folter, daß er körperlichen Schmerzen gegenüber jede Empfindung verlor. Mit ohnmächtiger Seele und gefühllosem Leib ertrug er die Schläge.

„Du wirst nicht einmal?“ — tobte der Wachtmeister und schlug ihn mit erneuter Wut auf den Kopf und ins Gesicht.

Blut überströmte Abel.

Hardegg stellte sich abermals vor ihn hin: „Na?“

Abel öffnete die Augen. Gestochtes Blut verklebte seine Wimpern, er sah die Offiziere nur unklar.

„Ich gehe alles“ — sprach er leise.

„Na also!“

Hardegg rauchte sich eine Zigarette an. Nun übernahm Wortzähl seine Rolle:

„Bereite dich auf den Tod vor, Jude! Du bist verurteilt. Was ist dein letzter Wunsch?“

„Ich wünsche nichts“ — flammte Abel — „vollstrecken Sie rasch das Urteil.“

„Deiner Frau läßt du nichts sagen?“

„Beiß fiel plötzlich auf die Knie. Abermals. Krachte er seine gefesselten Hände in die Höhe.“

„Hochgehorener Herr.“ — sagte er — „lassen Sie meine Frau zu mir kommen! Ich flehe Sie an, lassen Sie mich von ihr Abschied nehmen! Bitte, um Gottes Willen darum!“

(Fortsetzung folgt.)



In Erz festzuhalten sind vor allem die am meisten verführten Patrioten wie beispielsweise Fark Bentel von Donnersmard, die an dem Verlust der Heimat der Milliarden durch Verkauf ihrer Güter verdient haben. Vielleicht könnte er Künstler das ominöse, lachende und das weinende Auge dieser Großkapitalisten darstellen. Das lachende Auge müßte auf den Geldschrank gerichtet sein, das weinende auf eine Gruppe von Arbeiter, diese beschwörend, fürs liebe Vaterland den polnischen Proletariat zu morben.

Auf dem Denkmal wäre zweifellos auch Platz für Kulod und Kofsbach, die auf ewig in das Gedächtnis des Volkes eingegraben haben die Mördermoral der Sandknechtshüter der Bourgeoisie. Niedlich würde vor allem wirken die Darstellung der Ermordung des Pfarrers Mary durch die braven Selbstschützer Leutnant Hoffmann und Feldwebel Hause. Vergessen darf natürlich nicht werden Leutnant Michael, der vielleicht auf dem Denkmal in der Stellung wiedergegeben ist, wie er auf der blutbefleckten Uhr des Pfarrers Mary nachschaut, wie spät es ist. Ueberhaupt ergehen sich für jeden Künstler ungeahnte Möglichkeiten bei der Wiedergabe der unvergesslichen waterländischen Taten der obereschleischen Mordkommandos.

In einer schönen allegorischen oder symbolischen Figur wären darzustellen die politische Korruption, das obereschleische Spitzelwesen, die „Gesundmacheri“ auf den unzähligen Obereschleischer-Hilfswerk- und Flüchlingsbüros, kurzum alles, was die Kultur der deutschen Bourgeoisie Herrliches dem obereschleischen Proletariat beschert hat.

Da „Genosse“ Hörning wahrscheinlich auch mit Recht wird seinen Obereschleierhalm der Nachwelt überliefern wollen, sei ihm die Bitte gewährt, nach dem Grundsatz: Jedem das Seine. In einer Hand die Schnapsflasche, in der anderen die Handgranate, so würde er sich wundervoll auf dem Denkmalsockel ausmachen, wenn diese schöne Inschrift unter ihm in den Stein eingeweiht wäre: Ihrem zuverlässigsten Vorkämpfer, dem nie verzagenden Arbeitermörder Hörning die ewig dankbaren ordnungsliebenden Staatsbürger Schlesiens!

In Reliefform liegen sich als stummen Statisten in das ganze Bild der Denkmalgruppe einfügen die hungernden Obereschleischen Bergleute und Hüttenarbeiter, tief gebückt im Schweiß ihrer Angesichts in den düsteren Kohlenhöhlen der Erde oder halbgedörrt und ausgezehrt von dem Feuer der Glutofen. Nachtliche Arbeiterkinder, elende Wohnlöcher, wenig Freude und frühes Sterben — dem allem sollte man geschmackvoll das im Bild entgegengesetzte, was angesichts dieses schmutzigen Böbels die waterländische Kultur der reinen Weife rettet: Sektgelage und Nachtänze in den Dielen und Bars, wo die obereschleischen Berg- und Hüttenwidendenontels ihre sauer verdienten Groschen ebenso sauer ausgeben.

Nehmt alles in einem: Ein Obereschleierdenkmal muß von einem Künstler geschaffen werden, das für alle Zeiten die Wahrheit festnageln müßte, die nackte, einfache Wahrheit.

So sicher wir wissen, daß der Sozialdemokrat Zimmer jedem „Kunstwerk“ solange freudig seine Zustimmung gibt, solange er verlogenen waterländischen und spießbürgerlichen

Milch bringt, so überzeugt sind wir auch, daß er als Oberpräsident sofort Strafanzeige stellen würde wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“, sobald ein Künstler in der geschützten Form in seinem Werk der Wahrheit die Ehre geben würde.

### Das Wohnungselend

In Neufalz brannte kürzlich der Dachstuhl des Hauses Rathildenstrasse 16 ab, bei der eine Familie nur das nackte Leben retten konnte und ein Proletariat, der Former Schulz, den Tod in den Flammen fand. Schulz konnte sich nicht retten, da ihm der Weg vom Feuer abgeschnitten wurde. Er bewohnte eine Bodenkammer, die vom übrigen Bodenraum nur notdürftig durch einen Bretterverschlag abgetrennt war und nur ein kleines schmales Klappfenster enthielt. Es entrollt sich hier ein Bild, bis zu den traurigsten mit gehört, das Wohnungselend der Proletariat. In kalten Bodenkammern, in nassen, dumpten Kellerlöchern müssen Hunderttausende von Arbeitern mit ihren Familien hausen, während auf der andern Seite das Schieber- und Ausbeutertum in Villen und Prachtträumen ein üppiges Leben führt.

So ist es auch hier. Im Eisen- und Hüttenwerk Paulinenhütte wird seit Anfang Februar an der Villa für den Direktor Gläser gebaut. Es ist eine höhnische und freche Provokation, wenn sich diese Gesellschaft 20-Zimmerwohnungen bauen läßt, während Tausende Proletariatfamilien die elendsten Löcher als Wohnung benutzen müssen. Das Tollste ist jedoch, daß zu den Aufräumungsarbeiten Arbeitslose herangezogen werden, die sie Arbeiten als Unterstandsarbeiten verrichten müssen. Sie erhalten nicht etwa den tarifmäßigen Lohn, sondern die Erwerbslosenunterstützung. Beschwerd sich jemand über diese unglaubliche Ausbeutungsmethode, dann fliegt er, oder man entzieht ihm auch noch die längliche Arbeitslosenunterstützung, wenn er sich weigert, für diesen Schundlohn weiter zu arbeiten. Die Gewerkschaften sollten hier einmal Remedeur schaffen.

An der Villa wird jetzt noch ein Stall für Ziegen und Schweine gebaut. Dieser Stall wird auf das komfortabelste eingerichtet, nicht einmal die Zentralheizung fehlt. So mancher Prolet würde mit tausend Freuden hier einen Wohnungstausch eingehen. Er würde in diesem „Ziegen- und Schweinestall“ besser wohnen, als in seinem kalten dumpfen Loch, das man als „Wohnung“ bezeichnet.

Angesichts dieser Tatsachen muß man sagen, es sind doch herrliche Zustände in dieser „freien deutschen Republik.“

### Vom Schlachtfeld der Arbeit.

#### Wieder ein Grubenunglück im Waldenburger Revier.

Im Schulteschacht, Schmitzwasser, ereignete sich am 14. 12. während der Frühlicht ein Explosionsunglück, bei dem vier Kameraden erhebliche Verletzungen davontrugen. Beim Treiben eines Querschlags, stießen sie auf einen durch elektrische Röhren fließenden gebliebenen Schuß, der durch die zufällige Anbohrung zur Entzündung kam. Die Hauer Schläms und Köhler, sowie der Lehrhauer Stephan erlitten schwere und der Schlepper Boge leichte Verletzungen.

## Versammlungs-Kalender.

- 23. Breslau.** Sonnabend, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteilokal: Sitzung aller in die Ortsleitung vorgeschlagener Genossen, aller Gewerkschafts- und Betriebs-Fraktionsvorstände, sowie der für die Rücklandhilfe tätigen Genossen.
- Dienstag, den 20. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Parteilokal:** Eine Besprechung aller erwerbslosen Parteimitglieder. Jeder erwerbslose Genosse muß erdienen kommunistische Dazuarbeiter. Montag, den 19. 12. 21 wichtige Zusammenkunft 7 Uhr im Parteilokal.
- 23. Weiskirchen.** Der für Sonnabend, den 17. Dezember angelegte Diskussionsabend findet schon heute, Freitag, den 16. Dezember, abends 5 Uhr, im „Steinernen Kreuz“ statt.
- 23. Jellhammer.** Sonntag, den 18. Dezember, abends 6 1/2 Uhr: General-Versammlung im „Mayraufschacht“. Sämtliche Parteigenossen haben nach einem Beschluß der letzten Versammlung ihre Frauen mitzubringen. Referent ist anwesend.
- 23. Nieber-Salzbrunn.** Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Hüstengrund“. Alle Genossen müssen erscheinen. Ebenso sind die Leiter der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ freundlichst eingeladen.
- 23. Weiskirchen.** Sonnabend, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im „Goldenen Anker“. Öffentliche Versammlung für die weltliche Schule. Von unseren Genossen und Genossinnen darf niemand fehlen.
- 23. Schmitzwasser.** Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Klug. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Abonnenten der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ sind willkommen.
- 23. Neu-Salzbrunn.** Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr im „Finstersbrunn“. Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung, alles muß erscheinen.
- 23. Waldenburg.** Sonntag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, im „Anker“. Mitglieder-Versammlung.
- 23. Dels.** Sonntag, den 18. Dezember, im „Großen Kurfürsten“. Versammlung. Thema: Bürgerliches Weihnachten in proletarischer Beleuchtung. Mitglieder, Angehörige und Genossenschaftsfreunde sind eingeladen.
- 23. Langwallerdorf.** Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9 Uhr: General-Versammlung in der Brauerei. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
- 23. Ortsgruppe Gottesberg.** Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9 Uhr: General-Versammlung im Gasthof „Zum weißen Lamm“. Es ist Pflicht jedes Genossen zu erscheinen. Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr findet im Gasthof „Zum weißen Lamm“ eine Märchenvorlesung statt. Alle Eltern mit ihren Kindern von Gottesberg und Umgebung sind herzlich eingeladen.
- 23. Dittersbach.** Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 8 1/2 Uhr im Vereinslokal: Ruhe-ordentliche Generalversammlung. Es wird erwartet, daß alle Parteimitglieder erscheinen.

**23. Breslau.** Dienstag, den 20. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in den Subersindien Friedrich-Wilhelmstraße 32: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Pressefrage. Referent: Gen. Maslowski. 2. Produktivgenossenschaft. Referent: Gen. Olmer. 3. Internationale Rücklandhilfe. 4. Wahl der Ortsleitung. 5. Verschiedenes. Die wichtige und reichhaltige Tagesordnung verpflichtet jedes Mitglied bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Pflicht der Direktions- und Beheraufhauer ist dafür zu sorgen, daß auch der letzte Genosse zur Stelle ist. Mitgliederbuch legitimiert. Saal ist geheizt.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Jichsch e. t. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Puffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne Tel. R. 2585  
heute und täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Langgräfin.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Wiener Blut.

**Zeitgarten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das glänzende  
Variété-Programm

**Odertor-**  
Lichtspiele.  
Weinstraße 53/55.  
Nur noch Heute!  
Der Sensations-Prunkfilm  
Die Schreckensnacht  
Der schwarze Bill  
Wild-West-Drama  
Sonntag und Montag!  
Der schwarze Zeuge  
Spann. amerik. Drama  
Die X Strahlent  
Tolle Komödie  
Sonnabend u. Sonntag  
ab 8 Uhr:  
Grosse Jugendvorstellung  
Der kleine Huck

**Pelz-**  
Gellens, Mollen,  
Wille und Seife  
Sport-Perle für Herren  
Ketten-Pelz-Kragen  
Ketten-Pelz-Mäntel  
Breslauer Pelz-  
und Gut-Beizer  
Hose  
Grapenstr. 8  
Friedr.-Wilh.-  
Straße 12  
(Wocheltplatz)

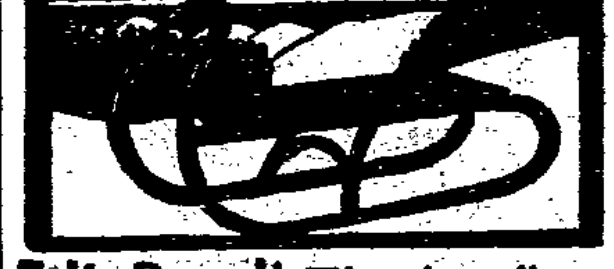
## Was klassenbewußte Proletariat lesen müssen!

**Karl Liebknecht**  
**Reden und Aufsätze**  
374 Seiten. Preis: Kartoniert 20.— Mk.  
(für Organisationen 15.— Mk.) in Leinen 30.— Mk.  
**L. Trotzki**  
**Die neue Etappe**  
Die Weltlage und unsere Aufgaben  
167 Seiten. Preis: 2.50 Mk., geb. 6.— Mk.  
**G. Snowjew**  
**Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale**  
114 Seiten. Preis: 1.50 Mk., geb. 6.— Mk.  
**Karl Radek**  
**Der Weg der Kommunistischen Internationale**  
86 Seiten. Preis: 1.50 Mk., geb. 6.— Mk.  
**Thesen und Resolutionen des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale**  
191 Seiten. Preis: 2.50 Mk., geb. 7.— Mk.

**M. Tomski**  
**Abhandlungen über d. Gewerkschaftsbewegung in Rußland**  
64 Seiten. Preis: 2.— Mk., geb. 6.— Mk.  
**Dr. Eugen Pawlowski**  
**Der Bankrott Deutschlands**  
189 Seiten. Preis: 2.50 Mk., geb. 6.— Mk.  
**E. Varga**  
**Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft**  
64 Seiten. Preis: 1.50 Mk.  
**Steuerfrage und Steuerpolitik**  
24 Seiten. Preis 30 Pf.  
**Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland 1917-1921**  
74 Seiten. Preis 2.— Mk.

Zu beziehen durch  
**Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11**  
sowie durch sämtl. Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

## Brandt's grosser Weihnachts - Verkauf



**Fritz Brandt, Eisenhandlung**  
Breslau 1, Nikolaistrasse 68  
Ecke Neuweltgasse  
Fernruf R. 12189 - Haltestelle d. Lin. 1 u. 21

## Weihnachts - Angebot!

**Filzhüte • Samthüte  
Velourhüte • Pelzhüte**  
Große Auswahl. Billigste Preise.  
**S. Weissenberg** Schmiedestraße 11.  
part. u. i. Etage.  
Vorzeiger dieses Inserates erhält 5% Rabatt.

**Grube und kein Schloß, kein Tüpfel**  
wird vom städtischen Gaswerk Breslau-Dürrgoy bei Selbstabholung unentgeltlich abgegeben. Für das Aufladen auf Fuhrwerk oder Waggon werden die Selbstkosten berechnet. Falls Anfuhr gewünscht wird, werden die genannten Stoffe gegen Entlohnung der Auflade- und Fuhrkosten frei Beschaffungsstelle geliefert. Die Stoffe eignen sich vorzüglich zur Ausbeuerung von Wegen. Befestigungen sind an das städtische Gaswerk Breslau-Dürrgoy zu richten.  
Städtische Gaswerke.

**Gasdiebstahl.**  
Gasleitungen, die von uns zweckweise gesperrt worden sind werden häufig von den Wohnungsinhabern oder anderen unbefugten Personen eigenmächtig geöffnet, um aus ihnen Gas zu entnehmen. Derartige widerrechtliche Gasentnahme wird als Gasdiebstahl angesehen und von uns ohne Rücksicht gerichtlich verfolgt.  
Städtische Gaswerke.

**Anzüge, Cutaway, gestr. Hosen, Mäntel, Raglan**  
nach Maß  
650-1200 Mk.  
**Arthur Schubert**  
Breslau  
Grosser-Rohrstr. 44/45  
Goldene Rabenstr. 27b  
66. Reichstr. 12  
Gellertstr. 12, 13 u. 14

**Achtung! Wo?**  
kauft man neue und gebrauchte RÖDEL sowie ganz Einrichtungen am billigsten und vorzüglichsten?  
**Ed. H. Kiege**  
Königsplatz, am 1. Dez.

**Grammophon**  
gut erhalten, preiswert zu verkaufen.  
Wolke R. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
Ziele für alle  
**Altmetalle**  
höchsten Preis.  
**Otto, Lohstraße 1**

**Strickwolle**  
schwarz und grau, grössere  
**Gelegenheitsposten**  
besonders billig abgegeben.  
**E. Langer,**  
Rosenstraße 25, 24,  
Telephon Ring 3083.  
Gebrauchter Wäcker über  
zu kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle der  
Schlesischen Arbeiter-Ztg.

**Mehrere möblierte Zimmer**  
werden bei Parteilosen sofort zu mieten gesucht. Angebote mit Preis sind an die Geschäftsstelle der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ zu richten.

**Achtung! Parteigenossen!**  
Sonntag, den 18. Dezember, von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr.  
findet im kommunistischen Arbeiterheim, Alsenstraße 28 eine  
**Ausstellung guter Bücher für den Weihnachtstisch**  
statt. Eintritt frei.  
Spendenkarte: Kommunistische Bücher, Breslau 5, Größener Str. 45.







# Die proletarische Frau

## Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adolf Heß.

2.) An Festtagen kam die Jugend spät nachts mit zer-rissener Kleidung, in Schmutz und Staub, mit zer-schlagenen Gesichtern zu Hause an und prahlte bössartig mit Schlägen, die man den Freunden beigebracht; wenn sie aber ihrerseits von anderen gekränkt war, schrie sie zornig oder unter Tränen über die erlittene Schmach, betrunken und kläglich, unglücklich und abstoßend. Bis-weisen geleiteten die Mütter und Väter die Burschen nach Hause. Sie hatten sie irgendwo auf der Straße oder in der Wirtschaft sinnlos betrunken angetroffen, schimpf-ten sie unflätig, schlugen die weichen, durch Branntwein entkräfteten Kinderleiber, legten sie dann mehr oder minder sorgfältig schlafen, um sie frühmorgens, wenn das böz-artige Brüllen der Fabrikpfeife als dunkler Strom durch die Luft floß, zur Arbeit zu wecken.

Sie schimpften und schlugen die Kinder aufs heftigste; gleichzeitig erschienen aber die Trunkenheit und das Ge-zänk der Jugend den Alten als eine ganz gesetzmäßige Tat-sache. Als die Väter jung gewesen waren, hatten sie auch getrunken und sich geschlagen, und ihre Mütter und Väter hatten sie ebenfalls geprügelt. Das Leben war immer so — es floß in einem trüben Strom gleichmäßig und lang-sam Jahr für Jahr dahin, und wurde durch feste, uralte Gewohnheiten: Tag für Tag ein und dasselbe zu tun und zu denken, zusammengehalten. Und es schien, als hätte niemand weder Zeit, noch den Wunsch, eine Aenderung zu versuchen.

Manchmal kamen von irgendwoher fremde Leute in die Vorstadt. Zuerst lenkten sie die Aufmerksamkeit einfach dadurch auf sich, daß sie Fremde waren; dann erregten sie durch Erzählungen von den Stellen, an denen sie gear-beitet, ein leichtes äußeres Interesse für sich, schließlich aber ging der Reiz der Neuheit an ihnen verloren, man ge-wöhnnte sich an sie, und sie wurden nicht weiter beachtet. Aus ihren Erzählungen ging hervor, daß das Leben des Arbeiters überall dasselbe sei. Wenn dem aber so war — worüber sollte man sich dann unterhalten?

Bisweilen erzählten aber einige von ihnen fremdartige, in der Vorstadt noch nie gehörte Dinge. Mit diesen tritt man nicht, sondern hörte ihnen gläubig zu. Ihre seltsamen Reden erweckten bei den einen blinden Joru, bei den anderen dumpfe Unruhe, die dritten endlich beunruhigte ein leiser Schimmer von Hoffnung auf etwas Unklares, und man trank reichlicher, um die überflüssige, lästige Un-ruhe zu unterdrücken.

Wenn die Vorstädter an einem Fremden etwas Unge-wohntes wahrgenommen hatten, konnten sie ihm das lange nicht vergessen, und ihr Verhalten gegen einen solchen Menschen, der ihnen nicht gleich, war ganz vor unberant-wortlicher Furcht diktiert. Sie hatten gleichsam Angst, dieser Mensch würde in ihr Leben etwas hineintragen, was dessen trostlos einförmigen, zwar schweren, aber doch ruhigen Verlauf stören könnte. Die Menschen waren daran gewöhnt, daß das Leben sie mit stets gleicher Kraft nieder-drückte, sie erwarteten keine Aenderung zum Besseren und glaubten, alle Veränderungen könnten nur den auf ihnen lastenden Druck vermehren.

So zogen sich denn die Vorstädter vor Leuten, die un-gewöhnliche Dinge sprachen, schweigend zurück. Dann ver-schwanden diese Leute wieder irgendwohin, oder wenn sie in der Fabrik blieben, lebten sie für sich, wenn sie nicht ver-standen, mit der einförmigen Masse der Vorstädter zu einem Ganzen zu verschmelzen.

Hatte man dieses Leben fünfzig Jahre lang gelebt — so starb man.

So lebte auch der Schlosser Michail Wassow, ein mü-rischer Mensch mit kleinen Augen, die unter düstern Brauen alles argwöhnisch mit mißtrauischem, bösen Lächeln an-sahen. Er war der beste Schlosser in der Fabrik und der stärkste Mann in der Vorstadt. Aber er benahm sich roh gegen die Borgelegten und verdiente deswegen wenig. Jeden Feiertag schlug er jemanden lahm, und niemand liebte, sondern alle fürchteten ihn. Man versuchte mehr-fach, auch ihn zu verhauen, aber das gelang nicht. Wenn Wassow sah, daß man auf ihn losging, nahm er einen Stein, ein Brett oder ein Stück Eisen, pflanzte die Füße breit auf und erwartete schweigend die Feinde. Sein Ge-sicht, das von den Augen bis zum Halbe mit einem schwar-zen Bart bewachsen war, stößte allen Furcht ein. Besonders fürchtete man seine kleinen scharfen Augen, die die Leute wie Stahlbohrer durchbohrten, und jeder, der ihrem Blick begegnete, fühlte ein wildes Tier voll roher Kraft vor sich, das keiner Furcht zugänglich, dafür aber bereit war, un-barmherzig zuzuschlagen.

„Schert euch fort, Paß!“ sagte er dumpf. Durch das düstere Haar in seinem Gesicht schimmerten die schrecklichen, großen, gelben Zähne. Die Leute gingen auseinander und schimpften feige mit halbblautem Gebrüll auf ihn.

„Paß!“ rief er ihnen kurz nach, und seine Augen glänz-ten in scharfem Spott, wie Pfriemen. Dann ging er, den Kopf herausfordernd hochtragend, hinter ihnen her und forderte sie ab und zu heraus:

„Nun, wer will dran glauben?“

Das wollte niemand.

Er sprach wenig, und „Paß“ war sein Lieblingswort. Mit ihm benannte er die Borgelegten in der Fabrik und die Polizei; dieses Wort brauchte er auch gegen seine Frau. „Paß, siehst du nicht, daß die Hose zerrissen ist!“

Als sein Sohn vierzehn Jahr alt war, wollte Wassow ihn noch einmal bei den Haaren zausen. Pawel nahm aber einen schweren Hammer und sagte kurz:

„Rühr mich nicht an ...“

„Was?“ fragte der Vater und rückte an die hohe, schlanke Gestalt seines Sohnes heran, wie ein Schatten an eine Birne.

„Genug!“ sagte Pawel, „ich lasse mich nicht mehr ...“ Dabei riß er die Augen weit auf und schwang den Hammer.

Der Vater sah ihn an, barg seine zottigen Hände auf dem Rücken und meinte lächelnd:

„Schön ...“

Dann atmete er schwer und fügte hinzu:

„Ach, du Paß ...“

Bald darauf sagte er zu seiner Frau:

„Geld verlang' von mir nicht mehr ... Pawel wird dich ernähren ...“

„Wirst du den alles vertrinken?“ wagte sein Weib ihn zu fragen.

Er schlug mit der Faust auf den Tisch und erklärte: „Geht dich nichts an, Paß! Ich leg' mir eine Geliebte zu ...“

Das tat er zwar nicht, den Sohn aber beachtete er von dieser Zeit an, fast zwei Jahre lang, bis zu seinem Tode, nicht mehr und sprach nicht mit ihm.

Er hatte einen Hund, der ebenso groß und zottig war wie er selbst. Der begleitete ihn jeden Tag nach der Fabrik und wartete jeden Abend auf ihn am Tor. An Feiertagen machte Wassow sich auf, um die Wirtschaften zu be-suchen. Er ging schweigend und durchbohrte mit seinen Augen die Gesichter der Vorübergehenden. Und der Hund lief den ganzen Tag mit herabhängendem, großem, dicht behaartem Schweif hinter ihm her.kehrte Wassow dann betrunken nach Hause zurück, so setzte er sich zum Abend-essen hin und fütterte den Hund aus seiner Schüssel. Er schlug ihn nicht, schalt ihn nicht und streichelte ihn nie-mals. Nach dem Abendessen warf er das Geschirr vom Tisch auf den Fußboden, wenn seine Frau es nicht bei-zeiten weggeräumt hatte, stellte eine Flasche Schnaps vor sich hin, lehnte sich mit dem Rücken an die Wand und heulte mit dumpfer, das Herz schwer machender Stimme ein Lied, wobei er den Mund weit aufriß und die Augen schloß. Die klagenden, unschönen Töne verhedderten sich in seinem Schnurrbart und schleuderten Brotkrumen aus den Haaren, der Schlosser aber strich mit seinen dicken Fingern den Bart zurecht und — sang. Die Worte des Liedes waren ganz unverständlich und lang gedehnt; die Melodie erin-nernte an Wolfsgeheul im Winter. Er sang so lange, wie in der Flasche noch Schnaps war, dann ließ er sich auf die Bank fallen oder legte den Kopf auf den Tisch und schlief, bis die Fabrikpfeife ertönte. Der Hund lag neben ihm.

Er starb an einem Bruch und hatte einen schweren Todeskampf. Fünf Tage lang wälzte er sich, ganz schwarz, im Bett hin und her, hatte die Augen fest geschlossen und knirschte mit den Zähnen. Bisweilen sagte er zu seiner Frau:

„Gib mir Arsenik ... Vergift' mich ...“

Sie holte einen Doktor, der verordnete Michail heiße Umschläge, sagte aber, eine Operation sei unumgänglich, und man müsse den Kranken noch heute ins Krankenhaus schaffen.

„Geht zum Teufel ... Ich kann allein sterben ... Paß!“ jagte Michail.

Als aber der Doktor fortgegangen war, und sein Weib unter Tränen auf ihn einzureden begann, daß er die Ope-ration zuließe, ballte er die Faust und drohte:

„Untersteht' dich nicht ... Werde ich gesund — hast du darunter zu leiden!“

## Christliche Seelsorge oder Menschenquälerei?

Den Mitteilungen der schlesischen Freidenker, Ma-nisten und Freireligiösen entnehmen wir folgenden Brief: „Anfangs August erkrankte ich an der Ruhr; die Krankheit war umso schlimmer, da ich in Umständen war und ungefähr am 20. August meine Niederkunft erwartete. Auf Anraten des Arztes kam ich am 6. August mittags in das hiesige Krankenhaus. Hier wurde ich sofort von einer Schwester gefragt, ob ich katho-lisch sei. Ich bejahte die Frage. Nach einiger Zeit wurde ich von derselben Schwester nochmals nach meiner Religion gefragt. Als ich wiederum sagte, ich sei katholisch, so meinte sie, dann wäre es wohl gut, wenn sie dem Kaplan, welcher gerade im Krankenhaus sei, Bescheid sagte, damit ich beichtet könnte. Ich aber sagte ihr, ich hätte vor acht Tagen noch gebeichtet, und es sei jetzt wohl noch nicht nötig. Inzwischen hatten sich in-folge Drängens des Stuhlganges Wehen eingestellt, welche zu-erst sich alle zehn Minuten wiederholten. Um 1/2 Uhr verlangte ich den Arzt, und dann schickte ich eine Frau, die auch an der Ruhr erkrankt war und auf Besserung war, zur Schwester mit dem Auftrag, doch die Hebamme zu rufen. Aber sonderbarer Weise sollten weder Arzt noch Schwester zu Hause sein. Als die Wehen immer schlimmer wurden und ich in meinen Schmer-zen oft ausschrie, kam die Schwester und schimpfte, ich sollte ruhig sein und mich nicht so anstellen, es wäre doch bloß halb so schlimm. Und als ich wiederum den Arzt und Hebamme ver-langte, schickte man mir den Kaplan ans Bett, damit ich beichten

sollte, denn, so meinte derselbe, wenn ich in der Nacht stirbe, käme ich nicht in den Himmel. Nun sollte ich sogar General-beichte ablegen, d. h., alle Sünden, die ich in meinem Leben begangen habe, beichten. Der Herr muß wirklich keinen Ver-stand gehabt haben, mich in meinen Schmerzen, ich war schon in höchster Not, mich so zu drangsalieren. Aber das Schlimmste kommt noch: Bin seit dem 8. Oktober 1920 verheiratet und un-standesamtlich mit meinem Manne getraut. Als er mich frug, ob ich katholisch getraut sei, und ich ihm sagte, nein, nur standes-amtlich, so hätte man den Herrn mal sehen sollen. Er wurde ganz fertig und meinte, er könnte mir die Vergebung der Sün-den nicht erteilen, die Sache müßte erst zum Bischof, meine Ehe wäre ungültig, denn ich hätte ja mit meinem Manne in wölblicher Ehe gelebt. Und so schrieb er ein Protokoll an den Bischof, worin ich beschwören mußte, daß ich von Verzeu bereue, mit meinem Manne so lange ohne kirchliche Trauung gelebt zu haben. Ferner mußte ich beschwören, daß ich alles daransetzen wollte, meinen Mann zu bestimmen, sich katholisch trauen zu lassen, und daß die Kinder, welche wir bekämen, auch katholisch getauft würden. Dieses Schriftstück wurde zwei Schwestern vor-gelesen, welche als Zeugen unterschreiben mußten. (Bemerkung des Herausgebers von „W. und G.“: Diese in der höchsten Not und Drangsal erzwungenen Schwüre sind unflätig, ver-werflich und daher ohne jede bindende Kraft. Auch verstoßen sie aufs Schwerste gegen die Gebote jeder echten Religion! Der Kaplan hat sich schwer versündigt gegen das Gebot der Nächsten-liebe. Ein Jesus Christus würde sich mit Frauen abenden von einem solchen „Jünger“ und „Stellvertreter“!) Nun wollte er mich doch noch Beichte hören und fing zu fragen an: Meine Ehe und mein Schamgefühl leiden es nicht, daß ich, was ich jetzt noch erlebt habe, erzähle. Aber ich will erzählen, was Wahrheit ist. Zuerst wurde ich gefragt, ob ich mit meinem Manne auch wirklich so gelebt hätte, wie es sich unter katholischen Ehe-leuten geziemt; ich bejahte es. Dann, wie oft ich mit meinem Manne geschlechtlich verkehrt hätte in der Woche, und ob ich mit mir allein so etwas getrieben hätte. Pfiui! — Und ob ich außer mit meinem Manne noch mit anderen Männern verkehrt hätte, und noch viele solche ähnliche Fragen. Als ich alle diese Fragen mit nein oder ja beantwortet hatte, trotz meiner Schmerzen, so wollte er auch noch wissen, was ich vor meiner Heirat getrieben hätte. Nun — ich habe ein uneheliches Kind. Der Vater war schon vor der Geburt des Kindes gefallen, vor sechs Jahren. Als er das hörte, meinte er: „So verstorben waren Sie da-mals schon!“ und wollte wissen, wie oft ich mit dem Vater dieses Kindes geschlechtlich verkehrt hätte. Trotz meiner wahn-sinnigen Schmerzen, denn es ging schon aufs Letzte, habe ich alle Fragen beantwortet und habe mich geschämt vor mir selber, daß mir ein Mann, und noch dazu so ein junger Geistlicher, so etwas sagte. Aber wovon das Herz voll ist, davon geht der Mund über.

Zu meinen Schmerzen wälzte ich mich in meinem Bett un-her und schrie oft auf, da wurde der Herr noch frech und jagte, ich sollte mich nicht so anstellen, das sei gar nicht so schlimm mit mir, ich sollte lieber hören, was er mir zu sagen habe. Und wie er noch an meinem Bette saß, da plagte schon die Wasserblase, und ich hatte keinen Menschen zur Hilfe. Der Herr sah wohl meine Not, aber er ging nicht von der Stelle, ich war schon halb wahnsinnig. Endlich war er fertig, und als er ging, schaltete er mir das Licht vor der Nase aus. In meinen Schmerzen sprang ich auf und schaltete das Licht ein. Es war die höchste Zeit. Denn als ich wieder ins Bett steigen wollte, da, eine letzte Wehe, und das Kind kam, ohne Hilfe. Ich rief um Hilfe, aber es dauerte noch fünf Minuten, ehe eine Schwester kam. Jetzt erst wurde eine Hebamme gerufen; die sagte, daß sie seit nachmittags 5 Uhr im Hause gewesen sei, es habe sie aber niemand gerufen. Ich mußte nicht, was ich dazu sagen sollte. An diese Geburt werde ich mein Leben lang denken.

Am anderen Morgen wartete ich vergebens darauf, daß mir der Herr Kaplan die Kommunion bringen sollte. Zwei Tage darauf besuchte mich der Kaplan. Als ich ihn fragte, warum er mir die Kommunion nicht gebracht hätte, fragte er mich ganz höhnisch: „Ja, wollten Sie denn auch noch kommuni-zieren?“ (d. h. das Abendmahl empfangen). Also war bei ihm die Hauptsache die Beichte.

Als ich die ganze Sache meinem Mann erzählte, stellte er den Kaplan zur Rede. Dieser stritt die ganze Sache ab und stellte mich meinem Manne als Vignerin hin. Nun habe ich aber Gott sei Dank verschiedene Zeugen, die den ganzen Vorgang in Schuß genommen, wenn man darüber spottete, aber jetzt werde ich das Gegenteil tun, denn ich habe jetzt die richtige Meinung bekommen von der katholischen Kirche samt ihren Geistlichen. Frau Pfaffel.“

Wir brauchen diesem Brief kein Kommentar hinzuzufügen. Er spricht für sich. Er sagt genau über die Folgen „from-men Glaubens“ über die vielgerühmte „christliche Liebe“, über die „Barmherzigkeit Gottes“. Jede Proletarierfrau wird nach einigem Überlegen selbst wissen, welche Konse- quenzen sie zu ziehen hat.

## Die Frauen-Mitgliederversammlung der KPD. Breslau,

die am 7. Dezember stattfand, beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Organisatorische Fragen. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

Der erste Punkt rief eine rege Debatte hervor. Es wurde folgender Antrag, an die Ortsleitung der K. P. D. Breslau gerichtet, angenommen:

„Die Frauenabteilung der KPD, Ortsgruppe Breslau, be-schloß einstimmig, bei der Ortsleitung zu beantragen, in den nächsten Bezirksversammlungen als Hauptthema: „Die prole-tarische Frau und der Kommunismus“ zu wählen und die Par-teigenossen aufzufordern, ihre Frauen unbedingt zu dieser Dis-triktsversammlung (wie überhaupt zu jeder anderen) mitzu-bringen.“

Zum 2. Punkt wurde die Frauenagitationskommission neugewählt, jeder Distrikt stellt eine Genossin.

Unter Berücksichtigung wurde auf die Maßgabe der Auf-landhilfe im Parteibüro hingewiesen. Jeden Montag, Dienstag und Mittwoch von 5 bis 9 Uhr abends, werden dort Sachen ausgebessert. Es können diese Arbeiten auch zu Hause gemacht werden. Alle Genossinnen müssen sich an dieser Arbeit beteiligen.



# Kommunistische Finanz- und Steuerpolitik.

## Die Rede des Genossen Dr. Ernst Meyer zum Finanzetat des preussischen Landtages.

Die Redner, die hier davon gesprochen haben, daß durch den Friedensvertrag von Versailles die Finanzen Deutschlands und Preußens in Unordnung gekommen sind, und meinen, daß zunächst einmal die Bedingungen des Friedensvertrages abgeändert oder aufgehoben werden müßten, sind in einem Irrtum befangen. Nicht nur in Deutschland, auch in den Siegerländern ist durch den Weltkrieg Unordnung der Finanzen eingetreten. Es läßt sich sonach nicht leugnen, daß der Weltkrieg und der Friedensvertrag nichts anderes als ein Symptom der Unordnung im kapitalistischen Wirtschaftssystem und bürgerlichen Herrschaftssystem sind. Darum können wir uns nicht darauf beschränken, eine Revision oder Aenderung des Friedensvertrages von Versailles zu fordern. Der Gesichtspunkt ist dabei nicht die Wiederherstellung der Zustände vom August 1914, sondern Weiterentwicklung und Aufbau auf der Basis, wie sie jetzt einmal gegeben ist. Deshalb fordern wir nicht Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Kapitalismus oder der bürgerlichen Staaten, nachdem sich erwiesen hat, daß der Kapitalismus nicht fähig war, diese Schwierigkeiten voll zu überwinden. Der leitende Gesichtspunkt ist bei uns auch nicht Verfestigung des Gleichgewichts im Haushalt des bürgerlichen Staates, sondern Entlastung der Besitzlosen und Befreiung der Besitzenden, die die Welt Krieg verschuldet haben.

Bei der gegenwärtigen finanziellen Belastung sämtlicher Korporationen von der Gemeinde bis zum Reich ist es unmöglich, diesen vielspaltigen Apparat aufrecht zu erhalten. Durch die Tatsache, daß wir eine Reihe von Bruderstaaten oder Freistaaten haben. Wir verlangen die

### Bereinigung des Reiches

auch mit Rücksicht auf die finanzielle Gestaltung. Nun hat Herr Leidig, der überhaupt ein Schwärmer für das alte ist, hier an die gute alte Zeit erinnert, als noch ein so schönes Schema bestand: Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gebäudefiskus, Steuern der Kommunen, den Bundesstaaten im Wesentlichen die direkten Steuern, und dem Reich blieben dann die indirekten Steuern als Haupteinkunftsquelle. Diese systematische Einteilung ist durch die neue Entwicklung vollkommen überholt. (Sehr richtig bei den Kommunisten.) Die jetzigen Anforderungen an die verschiedenen Korporationen, die Kommunalverbände, die Kommunen an die Bundesstaaten und an das Reich sind so groß, daß, wenn die notwendigen Bedürfnisse gedeckt werden sollen, neue Steuerquellen erschlossen werden müssen, und zwar gerade auf dem Gebiete der Einkommensteuer und der Vermögenssteuer.

Was für Steuerquellen ergeben sich für uns? Unseres Erachtens müssen sowohl die Freistaaten wie die Kommunalverbände an eine wirklich

### durchgreifende Besitzvermögenssteuer

teilhaft werden. Es sind ja auch von allen Arbeiterparteien Forderungen aufgestellt worden, die gewöhnlich in das Schlagwort „Erfassung der Goldwerte“ zusammengefaßt werden. Ich erörtere mich mit einigem Vergnügen an die Rede, die Herr Abgeordneter Heilmann bei irgendeiner Gelegenheit hier gehalten hat, und in der er mit sehr großer Lebhaftigkeit für diese Forderung eintrat. In meinem Erkönnen hat heute Herr Lüdemann auch nicht einen Satz aus der Rede wiederholt. Die Forderung der Erfassung der Goldwerte ist auch von den beiden anderen Arbeiterparteien aufgestellt worden. In unserem großen Programm hat aber der Bezirkstag der SPD vor wenigen Tagen einen Beschluß gefaßt, der im ersten Punkt zwar die sofortige Erfassung der Sachwerte fordert, aber dies in einer form uninteressanten, die auf ein Fallentziffern dieser Forderungen herabkommt. Der Bezirkstag bezieht sich in seiner Resolution auf die Vorschläge von den hervorragenden Sachverständigen der Industrie und beschäftigt sich dann mit der „Kreditvermehrung des deutschen Volkes“ und mit der Besteuerung des landwirt-

schaftlichen Sachwertes in Form einer Grundsteuer. (Hört, hört, bei den Kommunisten.) Das war nicht der ursprüngliche Sinn der Erfassung der Gold- und Sachwerte, das ist die Aufrechterhaltung des Namens, um vor den Massen den falschen Eindruck zu erwecken, als ob man nur das macht, was man ursprünglich gefordert hat.

### Eine Grundsteuer ist keine Sachwertbesteuerung!

Eine Sachwertbesteuerung im finanziellen und sozialen Sinne kann nur Wegnahme, Konfiskation eines Bruchteiles des Besitzes der Vermögenden bedeuten. Solch eine rohe Besteuerung, die auf eine teilweise Konfiskation der Kapitalisten hinausläuft, ist notwendig, wenn die finanziellen Anforderungen des Reiches der Staaten und der Gemeinden erfüllt werden sollen. Man kann es sich allerdings so bequem machen, wie einzelne Herren, die gefagt haben: „Wir müssen eine Art Einheitsfront zur Einschränkung der Ausgaben bilden.“ Wenn sie damit ihre Vereinfachung befehlen wollen, alle unproduktiven Ausgaben einzuschränken oder zu streichen, wie Spielweesen, Schupo, einen Teil der inneren Verwaltung, Herrschaftsweesen, dann sind wir bereit, das hier und in den anderen kompetenten Parlamenten zu tun. Wenn Sie aber meinen, Einschränkung der Ausgaben für kulturelle Zwecke, für Schulleben und sonstige soziale Zwecke, dann ist das eine Auffassung, der wir die Forderung auf Erweiterung der kulturellen und sozialen Ausgaben entgegensetzen.

Wenn der Herr Finanzminister heute davon gesprochen hat, daß die Staatsbetriebe nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet werden sollen, und wenn er weiter vorgeschlagen hat, die Staats kaufmännisch, bilanzmäßig aufzumachen, so widerprechen wir diesem Vorschlag nicht, vorausgesetzt, daß diese öffentlichen Betriebe wirklich im Sinne der breiten Öffentlichkeit geleitet werden. Kaufmännische Aufmachung und kaufmännische Sparjamkeit läßt sich sehr wohl mit einer Verwaltung im Sinne der breiten Konsumenten verbinden.

Wir behauern außerordentlich, daß das Organ der Berliner Unabhängigen Partei, die „Freiheit“, es bis heute nicht für notwendig gehalten hat, der Auffassung, die jetzt in der SPD propagiert wird, entgegen zu treten. Wir wissen nicht, worauf das zurückzuführen ist, aber in der Öffentlichkeit bedeutet das indirekt eine Unterstützung des Planes der rechtssozialistischen Partei, die Forderung auf teilweise Konfiskation des Besitzes fallen zu lassen.

Neben dem großen Mittel der Erfassung der Goldwerte, d. h. einer wirklichen Vermögenssteuer, müssen natürlich auch die kleineren Mittel angewandt werden, und dazu gehört das

### Konfiskation der Vermögen der Dynastien

und weiter eine wirkliche Erhebung der beschlossenen Steuern. Wir wünschen, daß die Steuerbehörden, mit dem Uebereifer arbeiteten, wie die Spitzelbehörden, wir wünschen, daß sich die Finanzbehörden ein Muster an Herrn Staatssekretär Weismann nehmen, der sich mit einem wirklich alszu verdächtigen Eifer um die kleinsten Kleinigkeiten kümmert.

Das wichtigste aber ist — das kann auch ziemlich rasch gehen — um einigermaßen Mittel zu gewinnen, die unproduktiven Ausgaben zu streichen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Aber sie denken gar nicht daran. Ihnen ist die Aufrechterhaltung ihres faustischen Nachtapparates zur Unterdrückung der arbeitenden Massen wichtiger; die Finanzen kommen bei ihnen erst in zweiter Linie. Unser Standpunkt ist genau der entgegengesetzte. Wir wollen in erster Linie dafür sorgen, daß die Besitzlosen nicht weiter belastet werden, erst wenn die breiten Massen wirklich zu leben haben, dann kommen für uns die besonderen Bedürfnisse des Staates in Frage. Deshalb lehnen wir auch den Gesichtspunkt ab, der jetzt in der U.S.P.D. eine verhängnisvolle Rolle spielt: Aufrechterhaltung und Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt unter allen Umständen. Wir verlangen vielmehr als leitenden Gesichtspunkt: Schonung der Besitzlosen, Befreiung der Besitzenden! (Bravo! bei den Kommunisten!)

## Helft den Hungernden Sowjet-Rußlands!

### Ein erschütternder Hilferuf Mansens.

Die Vertretung des Deutschen Roten Kreuzes hat von Frithjof Mansen folgenden Funkpruch erhalten:

Ich habe Samara und Umgebung besucht. Das Elend übersteigt die schlimmsten Befürchtungen. Die Gegend von Dufuluk, wo die Quäker arbeiten, umschließt 915 405 Einwohner. Von diesen haben 537 000 keine Nahrung mehr. Während der Monate September, Oktober, November sind 30 405 gestorben, aber die Sterbezahls steigt fortwährend, und bis zum Frühjahr werden 2/3 der Einwohner verendet sein, falls ausreichende Hilfe nicht sofort anlangt. In der Stadt Dufuluk werden jeden Morgen tote Männer, Frauen und Kinder auf der Straße aufgefunden, andere bleiben tagelang liegen, da keine Möglichkeit besteht, sie wegzuschaffen. Ich selber sah eine von Hundten zerfressene Leiche auf der Straße. Auf dem Friedhof sah ich einen Haufen von ungefähr 80 Leichen, meistens Kinder, ohne jegliche Bekleidung, da diese von den Ueberlebenden zu sich genommen war. Diese Leichen waren im Laufe von zwei Tagen mit dem Leichenwagen hingeführt worden. Ich fragte den Totengräber, wieviel Tote täglich entressen? Er antwortete, er wisse das gar nicht, da sie haufenweise abgeliefert werden.

Der Eindruck der Hunderte von Kindern, deren Körper nur aus Haut und Knochen bestehen und die sich kaum aufrecht halten, sowie der verzweifeltsten Mütter, die um Nahrung für die sterbenden Kinder flehen, kann ich gar nicht beschreiben. Die Männer sind völlig teilnahmslos und sehen dumpf in die hoffnungslose Zeit. Diese Beispiele stammen aus einer Gegend, wo die Zustände besser sind als in anderen Teilen des Gouvernements Samara.

Die Verhältnisse sind ähnlich oder schlimmer im großen Teil des ganzen östlichen Rußlands. Die amerikanischen Organisationen und die Quäker arbeiten großartig. Die Schweden sind eben angekommen und nehmen ihre Tätigkeit auf.

Aber all diese Hilfe kann nur die Oberfläche des Elends berühren. Die Bevölkerung, ohne eine Klage zu äußern wartet im Todeskampfe auf die Hilfe der anderen Völker Europas, auf die sie fest hofft. Jede verlorene Minute bedeutet Hunderte von Todesfällen. Wir brauchen Getreide als Nahrungsmittel und Saatgut für nächstes Frühjahr. Die Felder sind gepflügt und geackert, aber es fehlt an Saat. Die Völker und Regierungen Europas müssen erwachen, diese Tatsachen und das Furchtbare, das sich hier abspielt, begreifen. Im Namen der Menschlichkeit muß diesem Zustande abgeholfen werden. Es ist spät, aber Zeit ist noch genug für tätiges Eingreifen. gez. Mansen.

## Aus der Partei.

### „Das proletarische Kind“.

In einer gemeinsamen Sitzung zwischen Vertretern der Zentrale der KPD, der Zentrale der Kommunistischen Kindergruppen, der Exekutive der kommunistischen Jugend-Internationale, der Elternbeiräte, Zentrale Groß-Berlin und der Fraktion der kommunistischen Lehrer wurde beschlossen, das bisherige Mitteilungsblatt der kommunistischen Kindergruppenleiter, die Zeitschrift „Das proletarische Kind“ auszubauen zu einem Mitteilungsblatt für die gesamten pädagogischen und schulpolitischen Aufgaben der Partei- und der Jugendorganisationen. In ihr sollen laufend alle Fragen, die das proletarische Kind und den Kampf um die Schule betreffen, behandelt werden.

Die Zeitung ist international und wird Berichte bringen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Holland, Skandinavien, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, der Schweiz usw. Die Zeitschrift erscheint einmal im Monat 32seitig und kostet pro Nr. 1.— Mark. Wir bitten die kommunistischen Elternbeiräte, Lehrer, Kindergruppenleiter, aber auch alle übrigen Parteigenossen, denen die Schulfragen und das Wohl des proletarischen Kindes am Herzen liegt, ihre Bestellungen sofort zu richten an den Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauerstraße 12.

Die Organisation bitten wir aber, die Propaganda für diese Zeitschrift und die Einbindung von Bestellungen möglichst rasch und energisch zu betreiben, damit der Verlag die organisatorischen Vorbereitungen für die prompte Zustellung zum 1. Januar 1922 treffen kann. Die Zeitschrift ist ab 1. 1. 22 auch durch die Post erhältlich.

### Die Fortschritte der Parteibewegung.

Aus dem Organisationsbericht auf der Konferenz des Unterbezirks Halle-Saale-Kreis ist zu ersehen, daß während der letzten drei Monate die Mitgliederzahl der Partei von 13507 (davon 1525 weibliche) auf 14 569 (davon 1966 weibliche) gestiegen ist. Das ist eine Zunahme von 1065, von denen auf die Stadt Halle 408 und auf den Saale-Kreis 657 Mitglieder entfallen. Der Halle'sche „Klassenkampf“ hat allein im Monat Dezember 700 neue Leser gewonnen; die Zahl der Abonnenten vergrößert sich täglich.

Auch auf der Unterbezirks-Konferenz Hamborn-Wiesel konnte man ein erfreuliches Wachsen der Mitgliedschaft feststellen.

### Literatur für das Land.

#### Der Streik!

ist ein ungeschönter und ergänzter Neuauflage erschienen. Die Großzahl zeigt in leichtverständlicher Sprache, wie das arbeitende Volk dem Steuerraub begegnen muß. Preis 1,50 M.

#### Agrarprogramm

der SPD ist ebenfalls im Kundendruck mit einem Vorwort erschienen und kostet 50 Pfennig im Einzelverkauf. Für Organisationszwecke 35 Pf.

Bestellungen sind zu richten an alle Parteibuchhandlungen, Bezirkssekretariate oder direkt an Verlag „Bivol“, Berlin, Fischerplatz Nr. 2.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Bergarbeiter-Versammlung in Waidenburg.

Am Sonntag den 11. Dezember fand die Generalversammlung der Zehntel Waidenburg des Bergarbeiter-Verbandes statt. Der Tagesordnung stand: 1. Vortrag, 2. Kameral, 3. Anträge und Beschlüsse. Als Redner sprach Kam. 3. Holz Gottesberg. Er bedauerte den schwachen Besuch der Versammlung und die Interesselosigkeit der Kameraden. Dann sprach er über die Tätigkeit des Verbandes im vergangenen Jahre und ging über zum letzten Streit. Der Streit habe veredelt Elemente auf die Beine gebracht, die die Gewerkschaft zu zerstückeln versuchen. Das sei ihnen dank der Kraft der Bergarbeiter nicht gelungen. Das war so ziemlich alles, was in der jetzigen schwachen Lage zu sagen hatte. In der Diskussion führte Kam. Sellig aus, daß die Interesselosigkeit der Kameraden viel daran liegt, daß man von jenen der Bestreitung den jungen Kameraden gegenüber recht wenig Interesse zeige. Bei Lohnzulagen würden sie immer sehr zurückbleiben. Er führte ein Beispiel von den Bauarbeitern an, wo die jugendlichen viel besser bezahlt werden. Auch in anderen Gewerkschaften ist dies der Fall. Er forderte die älteren Kameraden auf, sich mehr für die jugendlichen Kameraden zu interessieren, das wird dem Verbands von Nutzen sein. Zum Schluß sprach er zu den 10 Forderungen Stellung und forderte die Kameraden auf, alles daranzusetzen, daß diese Forderungen nicht bisher auf dem Papier liegen bleiben.

Die Kameralzeitung ergab folgende Ergebnisse: 1. Vorsitzender H. Hünzel, 2. Vorsitzender Kam. Berndt, Kassierer H. Sellig, Schriftführer Kam. Döring, Revisoren Kam. Heiprich und Baumann, Jugendobmann Kam. Sellig, Kartellbeauftragte Herda, Süssen und Zer.

Für die Zwölfen wurde das Doppelte der bisherigen Aufwandszulage und zwar 60 M. als Weihnachtsgabe und eine Wirtin 20 M. bewilligt. Auch wurde für die freie Bewegung 300 M. ausgemessen. Ein Antrag, für die verblichene der Jahressitzung eine kleine Summe zu geben, so für den inhaftierten Kam. Stejschal 100 M. als Weihnachtsgabe zu bewilligen, wurde abgelehnt.

### Eine Lohnbewegung in der Waidenburger Carlshütte.

Ein Arbeiter aus der Carlshütte in Altmagier berichtet uns: Ein recht menschenwürdiger und für das Wohl der ihm zugehörigen Arbeiter wohl bekannter Herr ist der Direktor wickal von der Carlshütte. Mit Begehr für Maßnahmen und Organisationsfragen in Waidenburg, Einzelnen Altmagier. Arbeiterbeiräte hatten am 30. November gemeinsam mit Vertretern der Waidenburger Gewerkschaften eine Versammlung in der mit ihm und noch eine kleine Anzahl von anderen Kameraden erörtert wurden. Diese sollte betragen 2000 M. jährlich ab 1. Dezember. Als man die Arbeiter beiräte am 2. Dezember bei Empfang ihrer Arbeitsblätter sah, daß der Direktor wickal diese Abmachung eingestanden habe, wurde von der gesamten Arbeiterchaft am Abend des 10. Dezember früh beschlossen, die Arbeit ruhen lassen und nicht früher wieder aufzunehmen, bis die Forderung des Direktors erfüllt sei, die in Schwandung ge-

Stundenzulage von 1 M. pro Stunde sofort resp. bis Sonnabend mittag nachzugeben. Um den Verhandlungen des Betriebsrats, der sofort zum Direktor Schmidt gefaßt wurde, etwas mehr Nachdruck zu geben, veranlaßte sich die gesamte Belegschaft des Werkes auf dem Jahrtage, soweit dieselbe nicht in den Bäumen des Konvents Platz fand. Angeführt der verammelten Arbeiterchaft bequante sich die Direktion zu der Vereinbarung, daß bis Mittag 12 Uhr an jeden Arbeiter eine Abfertigung von 60 M. geleistet werde, der Rest würde am kommenden Sonntag berechnet werden. Die Arbeiterchaft der Carlshütte hat hier gesehen, daß dieselbe nur etwas erreichen kann, wenn sie einig und geschlossen hinter ihren Forderungen steht. Infolge der unerhörten Leuzung beschloß die Arbeiterchaft an Herrn Direktor Schmidt heranzutreten, um Gewährung einer Wirtschafshilfe. Die Löhne der Carlshütte gehören, mit Ausnahme einiger Zeitgenossen, zu den niedrigen des ganzen Waidenburger Reviers und es ist den Arbeitern auf Grund dieser schlechten Löhne eben nicht mehr möglich, sich das Allernötigste zu beschaffen. Bei den Verhandlungen des Betriebsrats mit Direktor Schmidt am 13. d. M. über die zu gewöhnliche Wirtschafshilfe verhielt sich Herr Schmidt sehr abnehmend und meinte, die Arbeiter dürften nur länger arbeiten, da könnten sie monatlich 200 M. mehr verdienen. Der Herr Direktor scheint noch nichts von 6-Stundenarbeit gehört zu haben. Dieser ablehnende Bescheid war unter der Arbeiterchaft schnell bekannt geworden und am Mittwoch früh ließ alles die Arbeit ruhen. Es sollte nicht früher wieder gearbeitet werden, bis die mehr als beschlossene Forderung bewilligt sei. Der Betriebsrat, der am frühen Donnerstag mit dem Direktor Schmidt erneut verhandelte, sagte Herr Schmidt, er würde sich die Sache überlegen, müße sich aber mit dem Vertreter des Industriellen-Verbandes verständigen, ob dies angängig sei. Eine bindende Aufgabe konnte er nicht geben, die Arbeiter sollten aber trotzdem sofort die Arbeit wieder aufnehmen, sonst müße für den Tag der Betrieb geschlossen werden. Der Betriebsrat hielt es nun für nötig, die Arbeiter anzufordern, wieder an die Arbeit zu gehen trotz des nichtigen Bescheides. Die Arbeiterchaft blieb aber einig und verlangte eine genaue Begründung über die Verhinderung. In der nun stattfindenden Versammlung wurde durch Betriebsrat veranlaßt, die Arbeiter wieder ohne greifbares Beweistat zum Aufbruch der Arbeit zu bewegen. Die Belegschaft erhob aber Einspruch und verlangte einen bindenden Bescheid, wenn endlich diese Angelegenheit geregelt würde, da sie nicht nur habe, diese Angelegenheit rasch anzugehen. Nach geräumter Zeit gab der Betriebsrat, der nochmals mit Direktor Schmidt verhandelt hatte, bekannt, daß Herr Schmidt sofort beim Jahrtage-Verbande in Carlshütte nachfragte, um die Gewährung zur Gewährung einer Wirtschafshilfe zu erlangen. (Das aber wohl wieder nur ein Ausweiden sein dürfte.) Nach einigen Hin und Her wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Arbeiterchaft der Carlshütte rufen wir, die Einigkeit und Geschlossenheit trotz aller Resignationen zu bewahren, um in den nächsten Tagen, wenn diese Verhandlungen wieder nicht gelöst werden, einig und geschlossen hinter unsere Forderungen, aus der großen Not geborenen Forderung Stellung zu beschaffen.

Der Arbeiterchaft der Carlshütte rufen wir, die Einigkeit und Geschlossenheit trotz aller Resignationen zu bewahren, um in den nächsten Tagen, wenn diese Verhandlungen wieder nicht gelöst werden, einig und geschlossen hinter unsere Forderungen, aus der großen Not geborenen Forderung Stellung zu beschaffen.

Der Arbeiterchaft der Carlshütte rufen wir, die Einigkeit und Geschlossenheit trotz aller Resignationen zu bewahren, um in den nächsten Tagen, wenn diese Verhandlungen wieder nicht gelöst werden, einig und geschlossen hinter unsere Forderungen, aus der großen Not geborenen Forderung Stellung zu beschaffen.

Der Arbeiterchaft der Carlshütte rufen wir, die Einigkeit und Geschlossenheit trotz aller Resignationen zu bewahren, um in den nächsten Tagen, wenn diese Verhandlungen wieder nicht gelöst werden, einig und geschlossen hinter unsere Forderungen, aus der großen Not geborenen Forderung Stellung zu beschaffen.

Der Arbeiterchaft der Carlshütte rufen wir, die Einigkeit und Geschlossenheit trotz aller Resignationen zu bewahren, um in den nächsten Tagen, wenn diese Verhandlungen wieder nicht gelöst werden, einig und geschlossen hinter unsere Forderungen, aus der großen Not geborenen Forderung Stellung zu beschaffen.

Der Arbeiterchaft der Carlshütte rufen wir, die Einigkeit und Geschlossenheit trotz aller Resignationen zu bewahren, um in den nächsten Tagen, wenn diese Verhandlungen wieder nicht gelöst werden, einig und geschlossen hinter unsere Forderungen, aus der großen Not geborenen Forderung Stellung zu beschaffen.

Der Arbeiterchaft der Carlshütte rufen wir, die Einigkeit und Geschlossenheit trotz aller Resignationen zu bewahren, um in den nächsten Tagen, wenn diese Verhandlungen wieder nicht gelöst werden, einig und geschlossen hinter unsere Forderungen, aus der großen Not geborenen Forderung Stellung zu beschaffen.

Der Arbeiterchaft der Carlshütte rufen wir, die Einigkeit und Geschlossenheit trotz aller Resignationen zu bewahren, um in den nächsten Tagen, wenn diese Verhandlungen wieder nicht gelöst werden, einig und geschlossen hinter unsere Forderungen, aus der großen Not geborenen Forderung Stellung zu beschaffen.

Och für die „Rote Hilfe“.